

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Walter Temmel, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1510) betreffend Schaffung eines Anti-Teuerungspakets für die Burgenländerinnen und Burgenländer (Zahl 22 - 1118) (Beilage 1859).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Walter Temmel, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Schaffung eines Anti-Teuerungspakets für die Burgenländerinnen und Burgenländer, in ihrer 35. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 15.03.2023, beraten.

Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas, BA wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas, BA den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Dieter Posch stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Dieter Posch gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Walter Temmel, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Schaffung eines Anti-Teuerungspakets für die Burgenländerinnen und Burgenländer, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Dieter Posch beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15.03.2023

Der Berichterstatter:
Patrik Fazekas, BA eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 15. März 2023

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen
zum selbständigen Antrag, 22 – 1118, welcher abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „rasche und nachhaltige Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung“

Leider werden angesichts von Inflation und Energiekrise durch die Bundesregierung keine ausreichenden Maßnahmen gesetzt, um die ÖsterreicherInnen nachhaltig zu entlasten. Bis dato hat es die Bundesregierung nicht geschafft, die ÖsterreicherInnen insbesondere bei den Heizkosten ausreichend zu unterstützen. Auch eine Mietpreisbremse, die für eine breite Entlastung in der Bevölkerung sorgen könnte, wurde seitens der Regierungsparteien bis dato nicht umgesetzt bzw. konnte laut Medienberichten innerhalb der Regierungsparteien keine Einigung erzielt werden.

Darüber hinaus belastet der Bund mit weiteren Massensteuern, wie beispielsweise der CO₂-Steuer, Haushalte noch zusätzlich und in viele Fällen sogar doppelt, da nicht nur der Treibstoff für Fahrzeuge besteuert wird, sondern auch Heizmaterialien, wie Gas und Öl. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass seitens der Regierungsparteien andererseits bis jetzt noch keine Klimaziele beschlossen wurden.

Der Burgenländische Weg ist ein anderer. Die Landesregierung nutzt alle Spielräume in ihrem Wirkungsbereich aus, um die BurgenländerInnen nachhaltig und zielgerichtet zu entlasten. Dabei setzt das Burgenland auf ein Maßnahmenpaket für eine echte Entlastung. Dazu zählen unter anderem:

- **Die Mietpreisbremse bei Genossenschaftswohnungen rückwirkend mit 1. Jänner 2023 auf dem Preisniveau von Dezember 2022;**
- Aussetzen der Annuitätensprünge bei Wohnbauförderungsdarlehen;
- Sanierungsdarlehen mit 0,9 Prozent Fixverzinsung für 30 Jahre;
- **Ein Fixtarif der Burgenland Energie für 12 Monate** - Strom um 23 Cent pro Kilowattstunde und Gas um 9,99 Cent pro Kilowattstunde netto;
- der Burgenländische Wärmepreisdeckel;
- die Erhöhung der Wohnbeihilfe;
- die Erhöhung des Schulstartgeldes;
- Preisrabattierung der Burgenland Energie von **36%** für Bestandskunden (für aktuelle Tarife);
- die Erhöhung des Heizkostenzuschusses für die Heizperiode 2022 von **165 Euro auf 700 Euro;**
- der Antiteuerungsbonus 2022 - Einmalzahlung von **400 Euro bis 700 Euro.**

All diese Maßnahmen müssen natürlich finanziert werden, daher ist es umso verwunderlicher, dass die Bundesregierung zum einen die Erhöhung der zweckgebundenen Abgaben auf Photovoltaik- und Windkraftanlagen für den Klima- und Sozialfonds nicht zugestimmt hat, auf der anderen Seite aber eine Übergewinnsteuer einführt und so die Übergewinne der Energieunternehmen ohne Zweckwidmung ins Bundesbudget fließen lässt.

Währenddessen treiben die Preissteigerungen mehr und mehr Menschen in die Armut. Die Zahl jener, die sich den Einkauf in einem normalen Supermarkt nicht mehr leisten können, steigt zusehends. Rund 50.000 BurgenländerInnen sind armutsgefährdet. Die Burgenländische Landesregierung hat mit ihrer Initiative im Bereich der Sozialmärkte (Sonnenmarkt und Sonnencafe) ein preiswertes Angebot für alle BurgenländerInnen mit geringen Einkommen geschaffen und baut dieses weiter aus. Darüber hinaus forciert die Initiative auch den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln. Dabei wird Armut mit Nachhaltigkeit und sozialem Engagement – flächendeckend im gesamten Burgenland – bekämpft.

Ebenfalls wurde im Land Burgenland bereits mit 1.1.2020, also vor den oben beschriebenen Krisen, ein Mindestlohn von damals 1.700,- Euro (heute 2.000,- Euro) netto pro Monat eingeführt. Dieser Mindestlohn wurde in allen Bereichen eingeführt, in denen das Land die Kompetenz dazu hat. Der Bund könnte durch eine Steuerreform die Abgabenbelastung auf Löhne weiter reduzieren und somit auch für fairere Löhne in der Privatwirtschaft sorgen. Der Bevölkerung muss mehr Netto vom Brutto bleiben.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu den Antiteuerungsmaßnahmen der Burgenländischen Landesregierung.

Die Landesregierung wird aufgefordert, weiterhin Maßnahmen zu prüfen, um die BurgenländerInnen nachhaltig zu entlasten.

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge endlich wirksame und nachhaltige Maßnahmen, insbesondere eine Mietpreisbremse, einen Preisdeckel bei Grundnahrungsmitteln sowie eine Wärmepreisbremse zur Bekämpfung der Inflation und deren Folgen umsetzen.